

25.06.2024

Niederschrift 001/2024

Kreistag

am 19.03.2024 | Aula | Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 16:02 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Mario Löhr

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding
Frau Angelika Chur
Frau Brigitte Cziehso
Herr Norbert Enters
Herr Hartmut Ganzke
Herr Jens Hebebrand
Frau Christine Hupe
Herr Jürgen Kerl
Herr Jens Krammenschneider-Hunscha
Frau Sabine Lutz-Kunz
Herr Wilhelm Null
Frau Sigrid Reihs
Herr Theodor Rieke
Frau Renate Schmeltzer-Urban
Herr Jens Schmülling
Frau Bettina Schwab-Losbrodt
Frau Simone Symma
Frau Annette Maria Thomae
Herr Martin Wiggemann
Herr Uwe Zühlke

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire
Frau Annika Brauksiepe
Herr Peter Dörner
Herr Wilfried Feldmann
Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Frau Susanne Melchert
Herr Gerhard Meyer
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Herr Marco Morten Pufke
Frau Ursula Schmidt

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Peter Schubert

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Carl Schulz-Gahmen
Frau Vera Volkmann
Herr Michael Zolda

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Thomas Möller
Frau Patricia Esther Morgenthal

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Dr. Tilman Rademacher

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Kirsten Reschke
Frau Anke Schneider
Herr Reinhard Streibel
Frau Christina Grave-Leismann

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Frau Claudia Lange

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Barbara Stellmacher

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Andreas Wette

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Dr. Hubert Seier
Frau Katja Wohlgemuth

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Andreas Dahlke

Kreistagsmitglieder FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Thomas Cieszynski
Herr Ralf Piekenbrock

Einzelmitglieder

Frau Marion Küpper
Herr Timon Lütschen

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke, Kreisdirektor | Dez. I
Herr Adrian Kersting, Dezernent | Dez. II
Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dez. III
Herr Nils-Holger Gutzeit, Dezernent | Dez. IV
Frau Dr. Katrin Linthorst, Dezernentin | Dez. V
Herr Ferdinand Adam, Leiter | Steuerungsdienst
Herr Ralf Oxe, Leiter | Zentrale Dienste
Frau Silke Schmücker, Leiterin | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung
Sabrina Albert, Schriftührerin | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Martina Eickhoff
Frau Heike Gutzmerow

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annette Droege-Middel
Herr Hubert Hüppe
Herr Jan-Eike Kersting

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Stephanie Schmidt

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Udo Gabriel

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel
Frau Margarethe Strathoff

Herr Landrat Löhr begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er erklärt, dass die Sitzung nicht live gestreamt werde. Unter dem Punkt Mitteilungen und Anfragen der Verwaltung werde er hierzu näher ausführen.

Weiterhin teilt er mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 11.04.2024 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Landrat Löhr würdigt das Wirken des ehemaligen Kreistagsmitgliedes Heinz Steffen, welcher nach langer Krankheit verstorben sei. Heinz Steffen habe die Politik im Kreis Unna nicht nur nachhaltig geprägt, er sei ebenfalls Träger des Bundesverdienstkreuzes. Die Anwesenden gedenken Heinz Steffen mit einer Schweigeminute.

Herr Pufke beantragt für die CDU-Fraktion die Absetzung des Tagesordnungspunktes 14 - „Mitgliedschaft des Fachbereichs Gesundheit in der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske in Nordrhein-Westfalen (LAG GK NRW)“. Dieser sei bereits im Fachausschuss mit Beratungsbedarf geschoben worden. Zwar seien

zwischenzeitlich Gespräche zur Thematik geführt worden, jedoch lege aktuell nur der Referentenentwurf zu den mobilen Gesundheitskiosken vor. In Bezug auf die Landesarbeitsgemeinschaft gebe es zwar eine Satzung, jedoch fehle es an einer Beitragssatzung. Er halte es daher für sinnvoll, das Thema noch einmal mit den Fachpolitikern zu vertiefen.

Herr Ganzke erklärt man habe soeben noch versucht, zu einer Einigung zu kommen. Er spricht sich gegen die beantragte Absetzung des Tagesordnungspunktes 14 aus. Er argumentiert, man könne sodann ebenfalls über die Absetzung des Tagesordnungspunktes 17 „Antrag des Kreises Unna auf Verlängerung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS)“ nachdenken. Diese Thematik sei ebenfalls so umfangreich, dass man auch hier noch einmal darüber nachdenke könne. Darüber hinaus enthalte die zur Absetzung stehende Drucksache 003/24 den folgenden Beschlussvorschlag „Der Landrat wird beauftragt, den Beitritt des Kreises Unna in die Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske NRW (LAG GK NRW) zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu vollziehen“. Weiterhin werde auf Seite 3 von 4 explizit mitgeteilt, dass aktuell keine Mitgliedsbeiträge erhoben werden. Herr Ganzke erklärt, vor diesem Hintergrund könne man heute abstimmen.

Herr Klostermann wünscht sich eine Aussage von der zuständigen Dezerentin Frau Linthorst, ob man zeitlich gebunden oder eine Schiebung in die kommende Kreistagssitzung möglich sei.

Frau Dr. Linthorst führt aus, die Landesarbeitsgemeinschaft sei bereits gegründet worden. Man habe hier ohnehin schon Zeit verstreichen lassen. Je mehr Zeit ins Land gehe, desto mehr Zeit verliere man als aktives Mitglied.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich bei 31-Nein-Stimmen (SPD, FDP, Die LINKE-UWG Selm, Gruppe FW Kreisverband Unna/FAMILIE, Fraktion GFL+WfU, Einzelmitglied) nicht beschlossen.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich somit nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Punkt 2 Einführung und Verpflichtung der neuen Kreistagsmitglieder Christina Grave-Leismann und Barbara Stellmacher

Punkt 3 Fragestunde für Einwohner*innen

Punkt 4 024/24 4. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Arbeit der Ausschüsse und der sonstigen Gremien des Kreistages

Punkt 5 001/24/2 Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages

- Punkt 6** 002/24 Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter*innen beim Oberverwaltungsgericht Münster für die Amtszeit vom 01.02.2025 bis zum 31.01.2030
- Punkt 7** 025/24 Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2023/2024
- Punkt 8** 296/23 Umsetzung des Praxiskonzeptes auf der Grundlage des Konsenspapiers „Bleibe perspektive und Abschiebepraxis von geflohenen Menschen im Kreis Unna“
- Punkt 9** 213/23/1 Bedarfsplan für den Rettungsdienst; Beschluss der 5. Fortschreibung - Ergänzung
- Punkt 10** 298/23 Gefahrenabwehrzentrum für den Kreis Unna
- Punkt 11** 011/24 Weiterentwicklung der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule Bergkamen; Ergebnisse der Machbarkeitsstudie
- Punkt 12** 009/24 Entfristung des WOS-Projektes; Bericht zum Fallmanagement an den Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises Unna für das erste Schulhalbjahr 2023 / 2024
- Punkt 13** 012/24 Übergang von Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt; Tagesordnungspunktverlangen der CDU-Fraktion vom 19.01.2024
- Punkt 13.1** 014/24 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2024
- Punkt 14** 003/24 Mitgliedschaft des Fachbereichs Gesundheit in der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske in Nordrhein-Westfalen (LAG GK NRW)
- Punkt 15** 018/24 Nahverkehrsplan 2024 - Methodik, wesentliche Inhalte, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und weiteres Verfahren
- Punkt 16** 026/24/1 Verlängerung der Allgemeinen Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtikets als Höchsttarif
- Punkt 17** 008/24 Antrag des Kreises Unna auf Verlängerung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW

Punkt 18 027/24 Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 8 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz

Punkt 19 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 20 297/23/1 Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters

Punkt 21 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Bestellung einer Schriftführerin**

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Sabrina Albert zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 **Einführung und Verpflichtung der neuen Kreistagsmitglieder Christina Grave-Leismann und Barbara Stellmacher**

Herr Landrat Löhr bittet Frau Stellmacher und Frau Grave-Leismann, zu ihrer Einführung nach vorne zu treten. Alle Anwesenden erheben sich. Durch Verlesen der Erklärung werden Frau Stellmacher sowie Frau Grave-Leismann durch Herrn Landrat Löhr zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Punkt 3 **Fragestunde für Einwohner*innen**

Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.

Punkt 4 024/24 **4. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Arbeit der Ausschüsse und der sonstigen Gremien des Kreistages**

Erörterung

Frau Schneider erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen, dass die Themen rund um Asyl, Integration und Aufenthaltsrecht nicht nur den ordnungsrechtlichen Bereich betreffen würden. Sie betont, es handele sich hier ebenfalls um sozialpolitische Themen. Sie habe dies bereits im Ältestenrat thematisiert und wünsche sich, derartige Themen ebenfalls im Sozialausschuss behandeln zu können. Sie habe bislang noch kein Signal erhalten, ob dem Wunsch gefolgt werde, daher enthalte sich ihre Fraktion bei der Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes.

Herr Landrat Löhr erläutert, man habe die Zuständigkeitsordnung aufgestellt, um eine klare Zuordnung zu gewährleisten. Er sagt zu, dass es dennoch nicht ausgeschlossen sei, die angesprochenen Themen ebenfalls im Sozialausschuss diskutieren zu können. Er bittet insofern, sich an ihn oder die Verwaltung zu wenden.

Frau Schneider erklärt daraufhin, man werde Herrn Landrat Löhr an seinem Wort messen und die weitere Verfahrensweise beobachten.

Beschluss

Die als Anlage zur Drucksache 024/24 beigefügte 4. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Arbeit der Ausschüsse und sonstigen Gremien des Kreistages wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(5 Enthaltungen – Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen im Kreistag, Einzelmitglied)

Punkt 5 001/24/2 Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien des Kreistages

Punkt 5.1

Beschluss

Für die verbleibende Dauer der Wahlperiode des Kreistages werden folgende Ersatzwahlen zur Besetzung von Ausschüssen und Arbeitskreisen vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisher	neu
Ausschuss für Finanzen und Konzernsteuerung	ordentliches Mitglied	Dr. Gerrit Heil	Barbara Stellmacher
Jugendhilfeausschuss	ordentliches Mitglied	Daniela Heil	Stephanie Schmidt
Jugendhilfeausschuss	stellvertretendes Mitglied für Sandra Heinrichsen	Stephanie Schmidt	Hans-Ulrich Bangert
Wahlausschuss	stellvertretendes Mitglied für Timon Lütschen	Daniela Heil	Kirsten Reschke
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie	ordentliches Mitglied	Daniela Heil	Christina Grave-Leismann

Ausschuss für Kultur und Tourismus	stellvertretendes Mitglied für Regina Ranft	Daniela Heil	Barbara Stellmacher
Ausschuss für Schule und Bildung	stellvertretendes Mitglied für Adnan Aydemir	Daniela Heil	Christina Grave-Leismann
Interfraktioneller Arbeitskreis „Mobilitätskonzept“	ordentliches Mitglied	Kamil Kornek	Thomas Möller
Gremium	Funktion	bisher	neu
Interfraktioneller Arbeitskreis „Mobilitätskonzept“	stellvertretendes Mitglied	Thomas Möller	Hans-Ulrich Bangert
Interfraktioneller Arbeitskreis „Mobilitätskonzept“	stellvertretendes Mitglied	Dr. Gerrit Heil	Kirsten Reschke
Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr	ordentliches Mitglied	Steven Roch	Wilhelm Kleimann

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(1 Enthaltung – Einzelmitglied; ohne Beteiligung des Landrates)

Punkt 5.2

Beschluss

Für die Dauer der verbleibenden Wahlperiode des Kreistages werden nachfolgende Ersatzwahlen zur Entsendung in Gremien vorgenommen:

Gremium	Funktion	bisher	neu
Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe (ZRL) – Verbandsversammlung	ordentliches Mitglied	Dr. Gerrit Heil	Annette Thomae
Gemeinnützige Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH – Gesellschafterversammlung	ordentliches Mitglied	Daniela Heil	Christina Grave-Leismann
Biologische Station im Kreis Unna - Kuratorium	stellvertretendes Mitglied für Marion Küpper	Daniela Heil	Wilhelm Null

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(1 Enthaltung – Einzelmitglied)

Punkt 5.3

Beschluss

Der Kreistag mandatiert die (über die VBU) in die Gremien der GWA entsandten Vertreter*innen, für die Dauer der Wahlperiode des Kreistages folgende Personen in die Gesellschafterversammlung der Solarpark Fröndenberg GmbH zu entsenden:

Gremium	Funktion	bisher	neu
Solarpark Fröndenberg GmbH	stellvertretendes Mitglied für Marion Küpper	Daniela Heil	Andreas Wette

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(1 Enthaltung - Einzelmitglied)

Punkt 6 002/24

Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter*innen beim Oberverwaltungsgericht Münster für die Amtszeit vom 01.02.2025 bis zum 31.01.2030

Beschluss

In die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster für die Wahlzeit vom 01.02.2025 bis zum 31.01.2030 werden aufgenommen:

1. Renate Schmeltzer-Urban, Lünen
2. Bettina Schwab-Losbrodt, Selm
3. Volker König, Unna
4. Gerhard Meyer, Unna
5. Michael Zolda, Selm
6. Herbert Goldmann, Fröndenberg

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(1-Nein-Stimme – Einzelmitglied)

Punkt 7 025/24

Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2023/2024

Die Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2023/2024 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 296/23

Umsetzung des Praxiskonzeptes auf der Grundlage des Konsenspapiers „Bleibeperspektive und Abschiebepraxis von geflohenen Menschen im Kreis Unna“

Die Umsetzung des Praxiskonzeptes auf der Grundlage des Konsenspapiers „Bleibeperspektive und Abschiebepraxis von geflohenen Menschen im Kreis Unna“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9 213/23/1 Bedarfsplan für den Rettungsdienst; Beschluss der 5. Fortschreibung - Ergänzung

Erörterung

Frau Wohlgemuth bittet, bei der nächsten Aufstellung des Rettungsdienstbedarfsplanes die Auszubildenden sogleich mit zu bedenken.

Beschluss

Der Kreistag beschließt den erweiterten Ausbildungsbedarf für Notfallsanitäter zum 5. fortgeschriebenen Rettungsdienstbedarfsplan für 2024.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 298/23 Gefahrenabwehrzentrum für den Kreis Unna

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, dem Kreistag bis zur Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2025 die Planung für ein gemeinsames Gefahrenabwehrzentrum (Kreis Unna/Kreispolizeibehörde Unna) zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 11 011/24 Weiterentwicklung der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule Bergkamen; Ergebnisse der Machbarkeitsstudie

Erörterung

Herr Bangert teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Kreistag werde trotz der bestehenden Bedenken mehrheitlich für die Weiterentwicklung stimmen. Eine zügige Umsetzung habe finanzielle Vorteile und sei im Interesse der betroffenen Schule.

Herr Pufke erklärt, man befindet sich in einem sehr frühen Stadium der Planung. Bereits in der gestrigen Sitzung des Kreisausschuss sei die kommunal aufsichtliche Beschwerde thematisiert worden. Es sei seitens der Verwaltung mitgeteilt worden, dass sofern die Beschwerde positiv beschieden würde, dies keine Auswirkungen auf das Bauvorhaben hätte. Insofern würde dem Kreis Unna keinerlei Schaden oder anderweitige Nachteile entstehen. Daher werde das Vorhaben seitens der CDU-Fraktion mitgetragen.

Frau Symma erläutert, solange sich das Land nicht anders aufstellen würde, sei der Kreis Unna zum aktuellen Zeitpunkt für die Förderschulen zuständig. Eine Änderung auf Landesebene sehe sie in naher Zukunft jedenfalls nicht. Der langjährige Entscheidungsprozess müsse nun zügig ein Ende finden. Die Sanierung sei zwingend geboten, nicht zuletzt aufgrund maroder Gebäudeteile. Zudem stünden neben der Schulleitung auch

das gesamte Kollegium hinter der Variante 1. Dies sei aus Sicht der SPD-Fraktion auch die einzige gangbare Möglichkeit.

Herr Dahlke führt aus, seitens der Fraktion GFL+WfU werde das Vorhaben abgelehnt. Dies resultiere nicht zuletzt aus der Tatsache, dass die Machbarkeitsstudie mehr Fragen aufgeworfen, als Antwort aufgezeigt habe. Die Problematik sei bereits in den Fachausschüssen diskutiert worden.

Frau Lange erklärt, solange die Eltern mit den Füßen abstimmten und ihre Kinder dort hinbrächten, wo sie qualitativ hochwertige Bildung erfahren würden, sehe sie keinen Grund, dem Vorhaben nicht zuzustimmen. Sie habe sich anfangs schwer vorstellen können, dass ein Umbau im laufenden Betrieb möglich sei. Dies sei ihr jedoch nicht zuletzt durch die Schulleitung im vergangenen Ausschuss für Schule und Bildung bestätigt worden. Demzufolge stimme die FDP-Fraktion dem Vorhaben zu.

Frau Wohlgemuth erklärt, man tue sich schwer und würde demnach gegen das Vorhaben stimmen. Sie wisse zum einen, dass die Eltern mit den Füßen abstimmen und auch das Richtige tun würden. Zum anderen sei sie sich über die Bedingungen an den Regelschulen durchaus bewusst. Als inklusionsbegeisterte Frau sehe sie einen Bedarf an Förderschulen. Es nicht hinreichend geprüft worden, ob ein Zwilling oder Neubau errichtet werden könne. Zudem sei die Frage nach einem anderen Standort ebenfalls nicht genügend geprüft worden. Weiterhin verweist sie auf die hohe Belastung während der Umbauphase. Sie bittet die Nein-Stimmen als politisches Statement zu verstehen. Man sei keinesfalls gegen eine inklusive Schule, die Problematik liege an den aktuellen politischen Bedingungen.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die in der von dem Architekturbüro „Die Baupiloten“ erarbeiteten Machbarkeitsstudie empfohlene Variante 01 weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(51-Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Gruppe FW Kreisverband Unna/FAMILIE sowie des Landrates

3-Nein-Stimmen – Fraktion DIE LINKE – UWG Selm, Fraktion GFL Lünen +WfU Unna

6 Enthaltungen – Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen im Kreistag, Einzelmitglieder)

Punkt 12 009/24

Entfristung des WOS-Projektes;

Bericht zum Fallmanagement an den Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises Unna für das erste Schulhalbjahr 2023 / 2024

Beschluss

Das mit Beginn des Schuljahres 2019 / 2020 als Projekt im Rahmen der Wirkungsorientierten Steuerung eingereichtete Fallmanagement an den fünf Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises wird über das Ende des Schuljahres 2023 / 2024 hinaus auf unbestimmte Zeit fortgeführt und damit entfristet.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(18 Enthaltungen CDU-Fraktion, Einzelmitglied)

Punkt 13 012/24 Übergang von Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt;
Tagesordnungspunktverlangen der CDU-Fraktion vom 19.01.2024

Punkt 014/24 Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2024
13.1

Beschluss

1. Der Kreis Unna bekennt sich zu dem Ziel, die Zahl der Übergänge von Menschen mit Behinderungen aus Förderschulen und Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wesentlich zu erhöhen.
2. Der Landrat wird beauftragt den Träger der Eingliederungshilfe unter Einbeziehung von Jobcenter, AG Wohlfahrt und Arbeitsagentur bestmöglich in seinem Bestreben und seiner Zielsetzung, Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren, zu unterstützen.
3. Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie jährlich einen Bericht für den Kreis Unna vorzulegen, aus dem die Anzahl (absolut und relativ) der befristeten und dauerhaften Übergänge von den Förderschulen und aus Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, sowie zusätzlich die Anzahl der Menschen mit Behinderungen, die das Budget für Arbeit oder das Budget für Ausbildung in Anspruch genommen haben, hervorgehen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(1 Enthaltung – Fraktion DIE LINKE – UWG Selm)

Punkt 14 003/24 Mitgliedschaft des Fachbereichs Gesundheit in der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske in Nordrhein-Westfalen (LAG GK NRW)

Erörterung

Frau Dr. Linthorst bedankt sich für die Möglichkeit einige Worte in Bezug auf die vorliegende Drucksache an den Kreistag richten zu können. Sie erklärt zunächst, es habe im Nachgang zum Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie in der sich anschließenden Berichterstattung Hinweise gegeben, dass der Fachbereich Gesundheit wichtige Aufgaben vermeintlich vernachlässige. Sofern es Hinweise gebe, die ihr nicht vorlägen, bittet sie, diese an sie heranzutragen. Die Diskussion über die mobilen Gesundheitskioske wolle sie an dieser Stelle nicht weiterführen. In der vorliegenden Drucksache gehe es um den Beitritt zu einer Landesarbeitsgemeinschaft (LAG). In der gesundheitspolitischen Entwicklung seien viele Spieler im System. Dies seien neben den unterschiedlichen Kammern und Verbänden ebenfalls die Krankenkassen. Akteure aus den Kreisen und Kommunen hätten sich sodann gemeinsam auf den Weg gemacht, die Landesarbeitsgemeinschaft zu gründen, um einen Gegenpol zu den genannten Akteuren zu bilden, welche starke Stimmen in verschiedenen Gremien hätten. Diese wollten gleichwohl die Flexibilität des Konzeptes der Gesundheitskioske vorantreiben. Die LAG habe sich im letzten Jahr sehr fokussiert und befände sich noch in der Entwicklung, sodass bestimmte und auch angesprochene Beitragssätze zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorliegen würden. Der Kreis Unna sei Mitglied der ersten Stunde im gesunden Städtenetzwerk. Dem Städtenetzwerk als Kreis anzugehören, halte sie für sehr wertvoll, denn die Perspektive der Kreise und dies habe sie in den vergangenen Monaten gelernt, sei durchaus eine andere. Insofern halte sie es für wichtig, dass ein Kreis der LAG betrete, um die Perspektive der Kreise hochzuhalten. Sie sagt zu, sobald die Beitragssätze feststehen würden, diese zu kommunizieren. Der Beitrag zum gesunden Städtenetzwerk liege bei etwa 200 bis 250€. Sie gehe davon aus, dass die Beitragsbemessung auch bei der LAG, nicht unangemessen hoch sein werde. Sollte man

feststellen, dass ein Beitritt zur Landesarbeitsgemeinschaft nicht zielführend sei, bestehে jederzeit die Möglichkeit des Austritts.

Frau Schneider erklärt sie habe sich zunächst bei der Abstimmung über die Absetzung dieses Tops zurückgehalten. Sie hätte nichts dagegen gehabt, den Beitritt zur LAG erst in der nächsten Sitzung zu thematisieren. Sie erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90 / Die Grünen im Kreistag, dass man sich bei der Abstimmung enthalten werde. Es gehe zwar um den Beitritt in die LAG, dennoch sei die Gründung der mobilen Gesundheitskioske im Vorhinein nicht hinreichend diskutiert worden. Es sei erforderlich, eine andere Kommunikation miteinander zu pflegen, um derartige Diskrepanzen zukünftig zu vermeiden.

Herr Pufke stimme den Worten von Frau Schneider in Bezug auf die verbesserungswürdige Kommunikation zu. Er erklärt, dies sei aufgrund der Erkrankung von Frau Dr. Linthorst zum Zeitpunkt des Fachausschusses durchaus zu entschuldigen. Er führt aus, die CDU-Fraktion habe inhaltlich mit der Sache Probleme. Der Beitritt zur LAG würde ein weiteres Netzwerk im Gesundheitsbereich bedeuten. Weiterhin halte man die mobilen Gesundheitskioske an sich für eher problematisch. Es würde ein weiteres Beratungsangebot aufgebaut, welches es prinzipiell schon gebe. Die Argumentationslinie sei zwar nachvollziehbar, dennoch würden dem Gesundheits- und Pflegebereich wiederum Fachkräfte abgezogen. Die Kritik setze somit nicht an dem Beitritt zur LAG an. Frau Dr. Linthorst habe erklärt, dass einmal im Jahr eine Mitgliederversammlung in Präsenz stattfinden würde und der Informationsfluss generell über E-Mail oder Videokonferenzen erfolgen solle. Folglich würde nicht viel Arbeitszeit gebunden. Man habe jedoch nicht über die Sinnhaftigkeit des Beratungsangebotes der mobilen Gesundheitskioske als solches diskutiert. Man habe hier das Glück, dass die Finanzierung über den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst erfolge. Die beiden Stellen würden somit erstmal keine zusätzlichen Kosten verursachen. Die Förderung durch den Pakt laufe jedoch 2026 aus. Sofern der in den Bundestag eingebrachte Referentenentwurf von Herrn Lauterbach durchgehe, wäre man wieder mit 20 % dabei. Er gehe davon aus, dass das Beratungsangebot nach Auslauf der Finanzierung 2026 weiterlaufen solle. Sofern der Bund die Finanzierung also nicht weiter übernehmen würde, würde folglich der Kreishauhalt absehbar belastet, um die Kosten decken zu können. Nach intensiver Diskussion sehe man das Thema der mobilen Gesundheitskioske skeptisch und würde dies auch nach dem Sommer noch einmal im Fachausschuss thematisieren wollen. Abschließend erklärt er, dass die CDU-Fraktion sich bei der Abstimmung zum Beitritt zur LAG ebenfalls enthalten werde.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt den Beitritt des Kreises Unna in die Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske NRW (LAG GK NRW) zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu vollziehen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(29 Enthaltungen – CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90 / Die Grünen im Kreistag, Gruppe FW Kreisverband Unna / FAMILIE)

Punkt 15 018/24

Nahverkehrsplan 2024 - Methodik, wesentliche Inhalte, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und weiteres Verfahren

Erörterung

Frau Schneider bringt die Unzufriedenheit seitens der Fraktion BÜNDNIS 90 / Die Grünen im Kreistag hinsichtlich der bisherigen Vorgehensweise zum Ausdruck. Es sei auch nach Mitteilung des Zeitplans unklar, wie

die Kreispolitik ordentlich eingebunden werden könne. Das Agieren in einem nichtöffentlichen Arbeitskreis schränke eine Beteiligung sehr ein. Um das zukünftige Angebot abschätzen zu können fehle es zudem noch an Informationen. Fraglich sei zum aktuellen Zeitpunkt noch, wann und wo welcher Bus zu welchen Zeiten an welchen Wochentagen wo fahren würde. Zudem sei offen, wie die Umstiege funktionieren können. Weiterhin wünsche sie sich eine Auskunft über die Rückmeldungen seitens der Städte.

Herr Kreisdirektor Janke erklärt, die Aufstellung des Nahverkehrsplans sei ein formales Verfahren, in dessen Schrittfolge man sich bewegen müsse, um einen rechtlich abgesicherten Nahverkehrsplan aufstellen zu können. Er verstehe die Anfrage und könne diese gut nachvollziehen. Die formelle Rechtkraft trete jedoch nur ein, sofern die notwendigen Beteiligungsschritte, intern sowie extern, eingehalten würden. Man informiere den Kreistag mit der vorliegenden Drucksache zu einem sehr frühen Zeitpunkt über erste methodische Schritte in einer gewissen Tiefe. Weiterhin beabsichtige man informell in einem breit angelegten Beteiligungsformat bereits im April mit den Städten und Gemeinden ins Gespräch zu kommen. Dies sei dem Wunsch geschuldet, möglichst breit, umfassend und transparent informieren zu wollen. Zudem bedeute dies ebenfalls, dass in der Kreistagsitzung vor der Sommerpause der vollständige Nahverkehrsplan mit den noch ausstehenden Informationen vorliege. Das sich anschließende Verfahren dauere nach aktuellem Zeitplan über die Sommerpause bis in den Dezember hinein an. Dies beinhalte, dass die formellen Einwendungen und Anregungen der Städte und Gemeinden dem Kreistag zur Verfügung gestellt würden. Er sichert zu, dass die Politik in den entsprechenden Fachausschüssen und Arbeitskreisen in unterschiedlichen Formaten weiterhin informiert werde.

Frau Schneider erkundigt sich, wie man in Bezug auf den Nahverkehrsplan mit der Stadt Fröndenberg weiter verfahren wolle.

Herr Kreisdirektor Janke führt aus, es halte sich um eine parallel zum Start des Aufstellungsprozesses des Nahverkehrsplans zu beantwortende Frage. Insofern werde man für die Sitzung des Kreistages vor der Sommerpause bezogen auf diesen Themenkomplex eine Vorlage erstellen.

Der Nahverkehrsplan 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 16 026/24/1 Verlängerung der Allgemeinen Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif

Erörterung

Frau Schneider begrüßt, dass man dem Wunsch die Zeitschiene anzupassen seitens der Verwaltung nachgekommen sei.

Herr Pufke erklärt, am vergangenen Donnerstag habe die WestfalenTarif GmbH den 30.06.2024 beschlossen.

Beschluss

1. Die Allgemeine Vorschrift zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2024 aus Bundes- und Landesmitteln an die im Kreis Unna tätigen Verkehrsunternehmen wird in der beigefügten Fassung beschlossen und die Gelungsdauer zunächst bis zum 31.10.2024 verlängert.
2. Sollten die Bundes- und Landesmittel zur Refinanzierung nicht ausreichen oder das Deutschlandticket nicht mehr im WestfalenTarif integriert sein bzw. ein dahingehender Beschluss auf Seiten der Westfalen-Tarif GmbH (Gesellschafterversammlung oder WestfalenTarifausschuss) gefasst worden sein, behält sich

der Kreis Unna vor, diese Vorschrift jederzeit mit einer angemessenen Ankündigungsfrist außer Kraft zu setzen.

3. Der Landrat wird beauftragt, die WestfalenTarif GmbH über den Beschluss nach Ziff. 1 zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 17 008/24

Antrag des Kreises Unna auf Verlängerung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS)

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Verlängerung der Mitgliedschaft des Kreises Unna in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e. V. (AGFS) zu beantragen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 18 027/24

Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 8 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz

Die Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gem. § 8 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 19

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

19.1

Kommunale Gesundheitskonferenz

Frau Dr. Linthorst lädt zur Kommunalen Gesundheitskonferenz ein. Zudem teilt sie mit, dass noch vor der Sommerpause eine Zukunftskonferenz mit dem Schwerpunkt gesundheitliche Versorgung geplant sei. Hier würden nicht nur die mobilen Gesundheitskioske thematisiert, sondern ebenfalls weitere Ideen, die zum Kontext gesundheitliche Versorgung gehören, diskutiert. Weitere Informationen zu den genannten Konferenzen würden zeitnah bekannt gegeben.

19.2

Kindertageseinrichtung in Holzwickede

Herr Göpfert verweist auf die Diskussionen im Jugendhilfeausschuss der vergangenen Woche, welche die Kindertagesstättenbedarfe der Gemeinde Holzwickede und die damit einhergehende Presseberichterstattung zum Thema hatten. Wie bereits im Jugendhilfeausschuss ausgeführt, sei man seitens der Verwaltung der Auffassung, das Problem mit Zwischenlösungen nicht beherrschen zu können. Seitens des Jugendhilfeträgers sei klar, dass der Bedarf einer vier- bis fünfzügigen Kindertageseinrichtung bestehe. Nur so könne man der Her-

ausforderung einer ordentlichen Kindertagesbetreuung flächendeckend mittel- sowie langfristig begegnen. Die Diskussionen, die auch in den Medien stattfänden, an welchem Ort ein Bauwagen mit 150m² Flächen für eine naturnahe Kindertageseinrichtung installiert werden könnte, gingen an der Sache ein Stück weit vorbei. Die Problematik bestehe in dem kurzfristigen Bedarf einer weiteren Einrichtung. In der Gemeinde Holzwicke- de seien zum jetzigen Zeitpunkt keine Baugrundstücke für derartige Einrichtungen ausgewiesen, welche pla- nungsrechtlich direkt verfügbar wären. Die Voraussetzungen für eine entsprechende Lösung seien daher nicht optimal. Man sei nach Abstimmung im Verwaltungsvorstand jedoch zuversichtlich zeitnah eine gute Lösung zu finden. Man habe bereits erste Gespräche geführt. Zudem sei bereits durch den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses angekündigt worden, dass ein Unterausschuss nach den Osterferien zusammen- kommen werde. Dieser würde gemeinsam mit den Trägern mögliche Problemlösungen diskutieren.

19.3

Anfrage der Fraktion GFL Lünen und WfU Unna zur Thematik „Grubenwas- ser“

Herr Dahlke erklärt seitens der Fraktion GFL Lünen und WfU Unna sei eine Anfrage in Bezug auf die Thematik des Grubenwassers gestellt worden.

Herr Landrat Löhr führt aus, die gleichen Fragen seien bereits im vergangenen Jahr gestellt und hinreichend durch die Verwaltung beantwortet worden. Man habe mit der RAG bereits erste Gespräche geführt. Im Er- gebnis biete die RAG an, in einer Veranstaltung offene Fragestellungen zu beantworten. Er halte dies für ein sinnvolles Angebot, welches zeitnah umgesetzt werden solle.

Anlagen keine

gez. Sabrina Albert
Schriftührerin

gez. Mario Löhr
Vorsitzender